

Robert Habeck
Der Grüne will
Kanzler werden
SEITE 10



Elon Musk
Milliardär und
Königsmacher
SEITE 11



POLITIK

Schwarzer Schwebestand

Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz wäre gerne so schnell wie möglich Kanzler. Doch es gibt noch ein paar Hindernisse

Von Stefan Lange

Als Friedrich Merz (CDU) am Tag nach dem Ampel-Aus auf seinen möglichen neuen Arbeitsplatz zu steuert, tut er das zu Fuß. Vor dem Kanzleramt stehen ein paar erfahrene Kameraleute, sie haben hier schon viele kommen und gehen gesehen. Einer von ihnen wird später sagen, der Spitzenkandidat von CDU und CSU sei nicht gelaufen, sondern praktisch geschwebt.

In der Tat genießt Merz seinen Auftritt sichtlich. Noch nie war er seinem Traumjob so nahe, wie in diesen Tagen. Die Ampel ist abgeschaltet, Amtsinhaber Olaf Scholz (SPD) ein Kanzler auf Abruf, die Umfragen sprechen für einen Wahlsieg der Union. Doch noch ist es politisch ein weiter Weg an den Kanzler-Schreibtisch.

Würde es nach Merz gehen, könnte er ganz schnell seine Umzugskartons im siebten Stock des Kanzleramtes auspacken. „Wir können es uns einfach nicht leisten, über Monate hin eine Regierung ohne Mehrheit zu haben“, meint er. Doch noch sitzt da Olaf Scholz, und der will sein Büro so schnell nicht aufgeben. Der SPD-Politiker hält bislang am 15. Januar als Termin für die Vertrauensfrage fest. Neuwahlen wären dann etwa Mitte, Ende März denkbar.

Sein Herausforderer dringt auf einen viel früheren Zeitpunkt. Scholz solle, fordert Merz, die Vertrauensfrage sofort oder spätestens in der kommenden Woche stellen.

Die Eile hat nur bedingt damit zu tun, dass Merz unbedingt Kanzler sein will. Allen



Es läuft für sie, doch gleichzeitig wächst der Druck auf die Union (v.l.): Fraktionsvize Jens Spahn, CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt und Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz.

Foto: Christoph Soeder / dpa

Partei, auch seiner CDU, würde ein wenig mehr Zeit bis zu Neuwahlen durchaus nützen. Fotos der Kandidatinnen und Kandidaten müssen gemacht, Wahlplakate gedruckt werden. Keine Partei beginnt da völlig bei null, aber jeder Tag zählt.

Merz wird vor allem von taktischen Überlegungen getrieben. Noch ist die SPD am Boden. Mit jeder Stunde, die sie länger parlamentarisch arbeitet, steigen jedoch die Chancen auf Besserung. SPD und Grüne könnten durchaus noch ein paar Dinge auf die Tagesordnung setzen, die sie in den Meinungsumfragen nach vorne bringen. Verbesserungen bei der Rente beispielsweise.

Der Kanzler kann außerdem die Ukraine-Karte ausspielen. Es geht da um etwa zwölf Milliarden Euro an neuen Schulden,

die Scholz für die Unterstützung des gebeutelten Landes aufnehmen will.

Nicht nur die FDP argwöhnt, dass dieses Geld nicht allein für

die Ukraine ausgegeben werden soll, sondern auch für andere Dinge.

Egal, ob das stimmt: Wenn die rot-grüne Minderheitsre-

gierung einen entsprechenden Antrag im Bundestag stellt und die Union dem nicht zustimmt, würde Scholz ihren Spitzenkandidaten Merz als Hilfeverweigerer brandmarken.

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt springt Merz zwar zur Seite. „Wir können uns schlichtweg kein Kanzler-Koma leisten“, sagt er und nennt den von Scholz bislang anvisierten Termin für Neuwahlen im Frühjahr „eine Respektlosigkeit“ den Wählern gegenüber. Aber Dobrindt wie Merz müssen nicht nur den politischen Gegner, sondern auch die eigenen Reihen im Blick behalten.

Mit dem Ampel-Aus steigt der Druck auf diejenigen bei der CDU, die einen guten Posten unter einem möglichen Kanzler Merz haben wollen. Fraktionsvize Jens Spahn hat seit dem Regie-

rungswechsel praktisch nie aufgehört, sich in der Öffentlichkeit zu positionieren. CDU-Vize Andreas Jung besetzt seitdem fachkundig die Energie- und Klimathemen, sein baden-württembergischer Parteifreund Thorsten Frei ist schon qua Amt als Fraktionsgeschäftsführer präsent.

Vertrauensfrage: Ist Scholz doch verhandlungsbereit?

Zunächst einmal kann Merz jedoch die Abteilung Attacke reiten. Am kommenden Mittwoch ist eine Regierungserklärung von Olaf Scholz im Bundestag geplant. Merz wird reden, auch der bayerische Ministerpräsident Markus Söder ist geladen. Sie wollen Scholz einheizen und ihn zum Einlenken bringen.

Der Kanzler machte am Freitagabend beim EU-Gipfel in Budapest ein paar Bemerkungen, die als Verhandlungsbereitschaft beim Thema Vertrauensfrage gedeutet wurden. „Über den Termin sollten wir möglichst unaufgeregt diskutieren“, sagte er. Eine Einigung der Fraktionen im Bundestag zu noch nötigen Gesetzesvorhaben könne auch die Frage beantworten, „welcher Zeitpunkt dann der richtige ist, im Bundestag die Vertrauensfrage zu stellen“.

Vielleicht kann Merz am Ende dann doch früher als erwartet ins Kanzleramt entschweben.

RACHE IST SÜSS

Wissings Homepage gekapert

Freund, Erzfeind, Parteifreund – diese Steigerung gibt in der Politik.

Bei einem Parteiaustritt kommt noch ein Superlativ hinzu. So auch im Fall von Volker Wissing. Der Verkehrsminister war am Donnerstagvormittag aus der FDP ausgetreten, nachdem FDP-Chef Christian Lindner vom Kanzler entlassen worden war. Das rächte sich

schneller als erwartet: Seine Internetseite wurde noch am Donnerstag von der FDP gekapert. Unter volker-wissing.de findet sich jetzt ein kurzer Text zur FDP samt Logo, verbunden mit einem Link zum digitalen Mitgliedsantrag. FDP-Mitglieder kommentieren in den Sozialen Medien: „Zu blöd, wenn der Seiten-Anbieter Unversum der FDP gehört.“ **hgy**

Nach dem Ende der Ampel: Der Weg zu Neuwahlen

Vertrauensfrage und Misstrauensvotum: Welche Grenzen die Verfassung den politisch Handelnden setzt

Von Ulrich Schlie

Der Weg zu Neuwahlen, den das Grundgesetz vorsieht, ist eng. Mit Recht haben die Väter des Grundgesetzes auf ein Selbstauflösungsrecht des Parlaments verzichtet. Es gibt auch nicht die Möglichkeit der Abwahl einzelner Minister. Das war in der Weimarer Reichsverfassung anders. Hätte sie nach 1949 fortgegolten, wäre Christian Lindner wohl schon längst abgewählt worden.

Eine Kanzlerabwahl ist in der deutschen Verfassung nur durch ein konstruktives Misstrauensvotum nach Artikel 67 GG möglich, wenn sich die

Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestags auf die Wahl eines neuen Kanzlers verständigt. Für die Auflösung des Bundestags bleibt also nur die Bestimmung des Artikels 68 GG, die vorsieht, dass der Bundeskanzler im Deutschen Bundestag darum bittet, ihm das Vertrauen auszusprechen. Wenn dafür keine Mehrheit erreicht wird, kann der Bundespräsident den Bundestag auflösen. Nur dann sind Neuwahlen möglich.

Gerhard Schröder 2005 und Helmut Kohl 1982 haben diesen Weg genutzt. In beiden Fällen fiel es den Bundespräsidenten Karl Carstens und Horst Köhler nicht leicht, die Entscheidung zur Auflösung des Deutschen Bundestags zu treffen, um den Weg für Neuwahlen freizumachen.

Das Wort von der „unechten Vertrauensfrage“ fand Einzug in den Sprachschatz. Der erste, der mit der Vertrauensfrage tak-

GASTBEITRAG

von Ulrich Schlie

Der Historiker und Politologe, Jahrgang 1965, ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Nordrhein-Westfälischen Akademie für Internationale Politik, Henry-Kissinger-Professor für Sicherheits- und Strategieforschung am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie an der Universität Bonn sowie Joint-Research-Professor an der School of International Relations, University of St Andrews sowie Direktor des Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies (CASSIS).



Foto: J. Patrick Fischer

tierte und sie für den Weg zu Neuwahlen nutzte, war Bundeskanzler Willy Brandt, der seinen Antrag, ihm das Vertrauen auszusprechen, am 20. September 1972 im Bundestag ausdrücklich damit begründete, dass die Vertrauensfrage der ihm verbliebene Weg zu Neuwahlen sei.

Die sachliche Begründung lieferte nach ihm der Anspruch

der Bürger darauf, „dass auch weiterhin in der Gesetzgebung kein Stillstand eintritt“. Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen über die Ostpolitik hatte damals die sozial-liberale Koalition einige Mitglieder im Parlament verloren.

Das konstruktive Misstrauensvotum des Oppositionsführers Rainer Barzel war am 27. April 1972 knapp geschei-

tert. Brandts Rückgriff auf die Vertrauensfrage hatte damals zu großer Empörung bei der Opposition, vereinzelt aber auch bei der SPD geführt. Barzel sprach in seiner Replik auf Brandt im Bundestag von „Siechtum“ und „Verkrampfungen“. „Herr Bundeskanzler, Sie haben eine traurige Bilanz mit negativen Rekorden.“

Für Minderheitsregierungen gibt es in der Bundesrepublik keine Tradition. Diejenige von Ludwig Erhard (CDU) nach dem Austritt der FDP-Minister endete wenige Wochen später mit dem Rücktritt des Kanzlers und der Wahl Kurt Georg Kiesingers (auch CDU, jetzt wieder mit der FDP), diejenige von Helmut Schmidt (SPD) im September 1982, ebenfalls nach dem Austritt der FDP-Minister, durch die Abwahl auf der Grundlage des konstruktiven Misstrauensvotums.

In Artikel 63 Abs. 4 sieht das Grundgesetz ausdrücklich eine

Minderheitsregierung vor, denn der Bundespräsident kann (muss aber nicht) nach dem dritten Wahlgang auch den mit relativer Mehrheit Gewählten zum Kanzler ernennen.

Entscheidend ist für das parlamentarische Regierungssystem: Die Regierung ist nur durch das Parlament legitimiert. Der Bundespräsident hat bei der Parlamentsauflösung und bei der Kanzlerwahl eng gesetzte Ermessensspielräume.

Er steht für politische Stabilität und parteipolitische Neutralität. Er muss seine Entscheidungen im Einklang mit den politischen Mehrheitsverhältnissen treffen. Er darf sich nicht für taktische Spielchen einspannen lassen, und er muss in Krisenmomenten umsichtig konsultieren.

Es wäre jetzt an ihm, auf eine unverzüglich dem Deutschen Bundestag vorgelegte Vertrauensfrage durch Bundeskanzler Olaf Scholz zu drängen.